

Windräder sollen auch Geld liefern

Laut den Grünen braucht es Massnahmen, um im Kanton Luzern die Akzeptanz von Windrädern zu erhöhen. Zum Beispiel finanzielle Anreize. Luz. 8.11.23

Alexander von Däniken

Coesfeld, etwa 35 Kilometer westlich der deutschen Grossstadt Münster, 37 000 Einwohner, gilt als Musterbeispiel. Hier ist ein Windpark ohne die sonst üblichen Klagen, Gerichtsverfahren und grösseren Konflikte entstanden. Ein Windparkprojekt ohne Gegenwind? Das muss auch im Kanton Luzern möglich sein, dachte sich Korintha Bärtsch. Die Stadtluzerner Fraktionschefin der Grünen reichte an der vergangenen Oktobersession ein Postulat ein. Darin beauftragt sie die Regierung, Massnahmen zu prüfen, welche die Akzeptanz von Windkraftanlagen in der Bevölkerung erhöhen.

Besonders im Fokus hat Bärtsch einen besseren, früheren Einbezug der betroffenen Bevölkerung, mit einer Kommunikation, die sich nicht nur an den sachlichen Argumenten orientiert, «sondern die betroffene Bevölkerung auch emotional abholt», sagt die ETH-Umweltnaturwissenschaftlerin. Außerdem soll der Kanton Massnahmen entwerfen, die darauf abzielen, dass sich die lokale Bevölkerung finanziell an den Erträgen von Windkraftanlagen beteiligen kann.

Idee von Landwirten

Dabei will Bärtsch das (Wind-) Rad nicht neu erfinden. Ein Blick in Gemeinden wie Coesfeld genüge. Dort haben Landwirte die Idee eines Windparks vorgebracht, um sich ein weiteres Standbein durch die zusätzliche Nutzung der vorhandenen Flächen aufzubauen. Das Vorhaben stiess bei Parteien und Stadt auf offene Ohren, wie Bürgermeisterin Eliza Diekmann, Stadtwerke-Chef Ron Kesseler und Milan Nitzschke, Geschäftsführer der Projektgesellschaft SL Naturenergie, Anfang dieses Jahres gegenüber der NZZ erzählten.

Das Projekt, ein Park mit 13 Windrädern, sei im Konsens geplant und umgesetzt worden, sagte Nitzschke. Von Anfang an seien die Anlieger des Windparks und alle tangierten Gruppen einbezogen worden. Und von Anfang an sei beabsichtigt gewesen, den erzeugten Strom ins heimische Netz einzuspeisen. Am Betreiberkonsortium halten die Landwirte 25 Prozent, der Stadtwerkeverbund 25 Prozent und der Projektierer SL Naturenergie 50 Prozent. Dadurch profitieren Landwirte und Projektgesellschaft von den Gewinnen – und indirekt über die Stadtwerke auch alle Einwohner durch einen günstigen Regionalstromtarif. Wer wollte, konnte sich über ein Crowdfunding auch persönlich beteiligen.

«Von erfolgreichen Projekten lernen»

Dass die Initiative von Landeigentümern kommt, ist natürlich ideal, aber nicht die Regel. Umso wichtiger ist laut Korintha Bärtsch, dass Projektgesellschaften und der Kanton die örtliche Bevölkerung früh in die Vorhaben einbindet: «Bei grossen Infrastrukturprojekten, gerade im Bereich der Windenergie, hat der Kanton zu wenig Erfahrung. Darum muss er von bereits erfolgreichen Projekten lernen.» Dass der Kantonsrat an der Oktobersession den vorgezogenen Teilrichtplan Windenergie verabschiedet hat, sei ein wichtiger Schritt: «Aber damit ist noch kein Windrad gebaut.»

Die Grünen drücken beim Ausbau der erneuerbaren Energien bekanntlich aufs Tempo. Bedenken, dass wegen des geforderten intensiveren Einbeziehungs der Anspruchsgruppen für neue Windräder das Tempo leidet, hat Bärtsch nicht. Aber dafür Zuversicht, dass ihr Postulat im Kantonsrat eine Mehrheit findet; neben Rats-



Die Windenergieanlage Feldmoos in Entlebuch.

Bild: Patrick Hürlmann (10.7.2021)

kolleginnen und -kollegen von Grünen und SP haben auch Mitglieder von Mitte, FDP und GLP ihren Vorstoss mitunterzeichnet. Derweil versuchen In-

itiativen von Windparks vereinzelt auch von sich aus, die lokale Bevölkerung miteinzubeziehen. So plant die Windenergie Schweiz AG auf dem Gemeinde-

gebiet von Escholzmatt-Marbach nahe der Grenze zum Kanton Bern drei Windenergieanlagen. An ihnen sollen sich alle Bürgerinnen und Bürger aus

Escholzmatt-Marbach und Trub ab 1000 Franken beteiligen können. In Aussicht gestellt wird eine Rendite von 6 bis 7 Prozent, wie Martina Nigg von Windenergie Schweiz laut der «Wochen-Zeitung» an einer Info-Veranstaltung sagte.

Gegenwind von der SVP

Vom aktuellen Vorstoss der Grünen ist SVP-Parteipräsidentin und Kantonsrätin Angela Lüthold nicht überzeugt: «Man kann das sicher prüfen. Aber bei der konkreten Umsetzung einer finanziellen Beteiligung stellen sich einige Fragen.» Zum Beispiel, was mit der versprochenen Rendite passiere, wenn mehr Strom als benötigt produziert werde und der Verkaufspreis dann sinkt. Oder ob der Anreiz für die Betreiber noch genügend gross sei, wenn ein Teil des Gewinns abgegeben werden müsse. Oder wer die Kosten für einen Rückbau und für die Deckung von Verlusten übernimmt.

Lüthold hat ihrerseits zwei Vorstösse zum Thema Windenergie eingereicht. In einer Motion verlangt sie vom Regierungsrat, dass dieser den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten und bewohnten Immobilien gesetzlich vorschreibt und auf mindestens das Dreifache der Gesamthöhe der Windräder festsetzt. Im Richtplan sind 300 Meter vorgesehen. «In der Schweiz haben wir vor allem Erfahrungen mit kleineren Anlagen weit ausserhalb des Siedlungsgebiets gesammelt. Die Risiken bei grösseren Anlagen dürfen aber nicht unterschätzt werden; zum Beispiel bei Eisbildung oder wenn schlimmstenfalls ein Flügel abbricht.» Lüthold stellt ausserdem in einer Anfrage verschiedene Fragen über Nutzen und Auswirkungen von Windkraftanlagen.